

Nr. 6059 AB
1994-02-03

II-12496 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

ANFRAGE

des Abgeordneten Dietrich und Genossen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie

betreffend Kennzeichnungspflicht für Hölzer und Holzprodukte

Laut APA-Meldung 568 vom 26. Februar 1993 waren Sie "unglücklich darüber, daß durch einen SP-VP-Initiativantrag die Kennzeichnungspflicht für Tropenholz wieder rückgängig gemacht werden soll". Im ZIB 2-Abendstudio des selben Tages sprachen Sie davon, daß "die derzeitige Regelung, bei aller Problematik, ein Schritt in die richtige Richtung sei" und Sie in dem geplanten Gütesiegel "nur einen ungenügenden Ersatz" sehen. Zum heutigen Zeitpunkt existiert jedoch nur ein Holzbeirat, der Kriterien für ein Gütesiegel für Hölzer und Holzprodukte ausarbeitet.

Weiters wird in derselben oben genannten APA-Meldung erwähnt, daß Sie "diese Entwicklung jedoch nicht schweigend zur Kenntnis nehmen, sondern gemeinsam mit den Umweltschutzorganisationen für eine bessere Regelung kämpfen" werden.

Auch laut den Salzburger Nachrichten vom 15.3.93 sei der Gesetzesentwurf für eine Tropenholzkennzeichnung ihres Erachtens nach ineffizient. Um zu einer vernünftigen Lösung zu kommen, haben Sie laut SN ihre Ministerkollegen in der Schweiz und in Deutschland gebeten, dieses Thema auf der Umweltministerkonferenz im April zu besprechen. Außerdem gaben Sie kund, bei ihrem USA-Besuch die Unterstützung von Vizepräsident Al Gore zu suchen. Weiters heißt es in den Salzburger Nachrichten vom 15.3.93, daß Sie noch heuer (1993) einen neuen Vorschlag präsentieren wollen. Auch laut Artikel der VN vom 15.3.93 "Die Gesetze sorgfältiger vorbereiten", sprechen Sie sich dafür aus, daß diese Regelung noch in diesem Jahr (1993) zustande kommen sollte.

Ebenso wie die Umweltschutzorganisationen plädierten Sie letztes Jahr mehrmals für eine Kennzeichnung aller Holzarten und für die Nennung des Herkunftslandes. Eine derartige Regelung wurde am 21.9.93 vom Ständerat in der Schweiz beschlossen. In der Umwelt-, Raumplanungs- und Energiekommission des Schweizer Nationalrats befaßt man sich ebenfalls intensiv mit diesem Antrag.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie nachstehende

Anfrage:

1. Existiert bereits ein Gesetzesvorschlag für eine Kennzeichnung von Hölzern und Holzprodukten?
2. Wenn ja, wann wird dieser präsentiert werden?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Werden Sie diesbezüglich Ihr Versprechen, bis 1993 einer derartige Regelung zu initiieren, zumindest 1994 einlösen und weitere Initiativen setzen?
- 5.a Welche Aktivitäten führten Sie 1993 aus, um international Bündnispartner zu finden?
- 5.b Welche Aktivitäten planen Sie 1994, um Bündnispartner für eine Kennzeichnungspflicht aller Hölzer zu gewinnen?
6. Haben Sie mit der Schweiz, die in diesem Bereich federführend ist, bereits Kontakt aufgenommen, um eine gemeinsame Vorgangsweise zu erarbeiten?
- 7.a Wie sieht es mit der Unterstützung in den USA (Al Gore) für eine allgemeine Kennzeichnungspflicht aus?
- 7b. Gibt es im Sinne des "Memorandum of Understanding" schon eine gemeinsam akkordierte Vorgangsweise bzw. gegenseitige politische Unterstützung zwischen Österreich und den USA?
8. Existiert in den USA bereits ein derartiger Gesetzesentwurf?

Umwelt/Handel: Tropenholz

Kennzeichnungspflicht ü - Rauch-Kallat "unglücklich"
 Utl.: "Fühle mich von der ÖVP im Stich gelassen"
 Wien/APA =

Umweltministerin Maria Rauch-Kallat ist nach eigenen Worten "unglücklich" darüber, daß durch einen SP-VP-Initiativantrag die Kennzeichnungspflicht für Tropenholz wieder rückgängig gemacht werden soll. In der Fernsehsendung "Zeit im Bild um 22.00 Uhr" meinte Rauch-Kallat, daß die derzeitige Regelung - bei aller Problematik - "ein Schritt in die richtige Richtung" sei, der nunmehrige Vorschlag würde "einen Schritt zurück" bedeuten. In dem geplanten Gutesiegel sieht Rauch-Kallat "nur einen ungenügenden Ersatz".

Ebenso wie die Umweltschutzorganisationen plädierte Rauch-Kallat für eine Kennzeichnung aller Holzarten und für die Nennung des Herkunftslandes. Geschäftsordnungsmäßig könne sie nichts gegen den Initiativantrag unternehmen, meinte Rauch-Kallat, sie werde diese Entwicklung jedoch "nicht schweigend zur Kenntnis nehmen", sondern gemeinsam mit den Umweltschutzorganisationen für eine bessere Regelung kämpfen. Darauf angesprochen, daß der Initiativantrag auch von der ÖVP mitgetragen wird, bestätigte Rauch-Kallat, daß sie sich "in dieser Frage von der ÖVP im Stich gelassen fühlt". (Schluß) sa

APAS68 1993-02-26/22:39

262239 Feb 93

Rauch-Kallat lobt grüne Filibuster

Marathonreden ein Mittel der Notwehr - Tschechien wegen Temelin „die Zähne

WIEN (SN, APA). Umweltministerin Maria Rauch-Kallat hat den Redemarathon der Grünen im Parlament zum Thema Tropenholz als Notwehr derer bezeichnet, „die nur die Macht des Wortes haben, daher halte ich sie für legitim“. Sie sei den Grünen bei der Causa Tropenholz „sehr dankbar für die Bewußtseinsbildung“. Die Grünen hätten damit die Interessen der jungen Menschen im Land vertreten, den Aufschrei derer, die in der Minderheit bleiben mit ihrem Anliegen. Sie halte allein die Leistung der grünen Klubchefin Madeleine Petrovic „physisch und intellektuell für großartig“.

Gleichzeitig merkte sie an, daß das ursprüngliche Tropenholzgesetz nicht sorgfältig genug vorbereitet gewesen sei, es sei „als rasches Gesetz vor Rio zum Mitbringen gedacht“ und nicht mit anderen Ländern entsprechend akkordiert

gewesen. Mit der Novellierung des Tropenholzgesetzes, so Rauch-Kallat, sei „der Sache der Rettung der Regenwälder und der ganzen Klimafrage auf der Erde nichts Gutes getan worden“. Allerdings sei das Gesetz in der ursprünglichen Fassung ineffizient gewesen und sie werde darangehen, eine weitaus bessere Lösung zu suchen.

Beim Thema AKW Temelin appellierte Rauch-Kallat an Tschechien, im Interesse der guten nachbarschaftlichen Beziehungen auf die Ängste und Sorgen des Nachbarn Rücksicht zu nehmen. Auf mögliche wirtschaftliche Sanktionen im Fall der Inbetriebnahme angesprochen sagte sie, „dann werden wir auch Zähne zeigen müssen“.

Zur Suche nach weiteren Standorten für zwei Sondermüllverbrennungsanlagen sagte Rauch-Kallat, da die EBS den Osten versorge, müßte eine der beiden

Anlagen in einem westlich-land stehen. Jedenfalls gehe die Verkehrswege minimal um nicht den Sondermüll in Österreich zu transportieren daß die Standortfestlegung in den zwei bis drei Jahren r. und dann das Projekt und die verträglichkeitsprüfung begr. das Baseler Abkommen tre April eine Regelung in Kraft Österreich Sondermüll nur in der exportiert, die auch diesen unterzeichnet haben. EWR in Kraft trete, wären diese Staaten.

Da 80 Prozent in die BRD rechtzeitig ein bilateraler Vertrag geschlossen worden, der gewöhnlich auch nach dem 12. April weiter nach Deutschland werden dürfe.

SN 15.3.93

VORARLBERGER  NACHRICHTEN

15.3.93

POLITIK / A

„Die Gesetze sorgfältiger vorbereiten“

Ministerin Rauch-Kallat: Beim AKW Temelin „werden wir auch Zähne zeigen müssen“

Wien (VN, APA) Für Umwelt- und Familienministerin Maria Rauch-Kallat war das ursprüngliche Tropenholzgesetz nicht sorgfältig genug vorbereitet, es sei „als rasches Gesetz vor Rio zum Mitbringen gedacht“ und nicht mit anderen Ländern entsprechend akkordiert gewesen.

Für Ministerin Rauch-Kallat, die gestern in der TV-Pressesunde den Redemarathon der Grünen als „Notwehr“ derer bezeichnete, „die nur die Macht des Wortes

haben“, wurde mit der Novellierung des Tropenholzgesetzes „der Sache der Rettung der Regenwälder und der ganzen Klimafrage auf der Erde nichts Gutes getan“.

Allerdings sei das Gesetz in der ursprünglichen Fassung ineffizient gewesen, und sie werde darangehen, eine weitaus bessere Lösung zu suchen, wobei die Ministerin sich vorstellt, eine allgemeine Kennzeichnung aller Hölzer weltweit mit der Herkunftsregion international zu akkordieren.

Notwendig sei es, einen Gleichklang in dieser Frage zu erreichen. Diese Regelung sollte noch in diesem Jahr zustande kommen.

Beim Thema AKW Temelin appellierte Rauch-Kallat an Tschechien, im Interesse der guten nachbarschaftlichen Beziehungen auf die Ängste und Sorgen des Nachbarn Rücksicht zu nehmen. Auf mögliche wirtschaftliche Sanktionen im Fall der Inbetriebnahme angesprochen, sagte sie, „dann werden wir auch Zähne zeigen müssen“.

Zum Thema Jugend und Familie erklärte die dafür zuständige Ressortchefin, angesichts der steigenden Scheidungsraten in Österreich sei sie dafür, einen „Scheidungskonfliktbegleiter“ für die betroffenen Kinder einzurichten. Ein psychologisch geschulter Therapeut soll, so die Familienministerin, die Interessen des Kindes im Scheidungsverfahren wahrnehmen. Sie könne sich ein gemeinsames Sorgerecht dann vorstellen, wenn beide Elternteile da mit einverstanden sind.